
Karl Georg Zinn

Lohnzurückhaltung, Investitionen und Produktivitätswachstum - eine kritische Einschätzung der Zusammenhänge

Prof. Dr. Karl Georg Zinn, geb. 1939 in Kassel, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Freiburg und Mainz. Er lehrt Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Aachen.

Aufgrund der relativ mäßigen Lohnerhöhungen während der achtziger Jahre ist die bereinigte Lohnquote in der Bundesrepublik kontinuierlich gesunken. Der Lohnstückkostenanstieg der BRD hielt sich deutlich unterhalb des Durchschnitts der OECD-Länder (siehe Tabelle 5, S. 754), und korrespondierend zu jenen Entwicklungen kam es zu einem außergewöhnlich starken Anstieg der Unternehmergewinne. Die politische Kommentierung seitens Regierung und Unternehmerverbänden stellt den vermeintlichen Zusammenhang von gewinnbegünstigender Umverteilung und Belebung der Investitionstätigkeit heraus. Sehr viel verhaltener wird hingegen auf die eigentliche Ursache der seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre registrierten Zunahme des Investitionswachstums hingewiesen, den hohen bundesdeutschen Außenbeitrag beziehungsweise die Leistungsbilanzüberschüsse.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik wird zwar nicht in erster Linie durch die relativ günstige Kostensituation, sondern durch Produktqualität, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Leistungen und dergleichen gewährleistet, aber die international betrachtet sehr geringen (Lohn-) Stückkostensteigerungen der bundesdeutschen Exportindustrien begünstigen zusammen mit der Unterbewertung der D-Mark jene Außenhandelsentwicklung, die zu einer schwerwiegenden Verletzung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtziels geführt hat. Ein kräftiger Anstieg der binnenwirtschaftlichen Nachfrage infolge höheren Wachstums der Masseneinkommen

hätte zu geringeren Exportüberschüssen geführt, nicht unbedingt zu einer geringeren Ausfuhr. Denn mit höheren Masseneinkommen wäre auch ein stärkerer Import verbunden gewesen, wie er jüngst von der abrupten binnenwirtschaftlichen Kaufkraftzunahme infolge der Transferzahlungen in die fünf neuen Bundesländer erwartet wird.

Die Zusammenhänge zwischen Lohnzurückhaltung, mäßigem Anstieg der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht wurden in den vergangenen Jahren wiederkehrend von Kritikern der angebotsorientierten Grundstrategie der Bundesregierung herausgestellt. Dies braucht hier nicht erneut zu geschehen. Im folgenden wird ein anderes Problem betrachtet, das ebenfalls zu den ambivalenten gesamtwirtschaftlichen Folgen einer über mehrere Jahre hinweg verlaufenden Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen zählt, jedoch bisher wenig beachtet wurde. Es geht um mögliche Zusammenhänge zwischen (relativ niedrigem) Produktivitätswachstum und Realkapitalbildung einerseits und einem (zu) niedrigen Preis des Faktors Arbeit andererseits.

Langfristiger Rückgang des Produktivitätswachstums

Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hat sich seit den sechziger Jahren im gesamten OECD-Raum im Trend erheblich abgeschwächt.

Tabelle 1: Produktivitätsentwicklung im Privatsektor (jährliche Änderungsrate) im internationalen Vergleich

Periode	Totale Produktivität				Arbeitsproduktivität				Kapitalproduktivität			
	USA	JAPAN	BRD	OECD	USA	JAPAN	BRD	OECD	USA	JAPAN	BRD	OECD
1960/73	1,6	6,0	2,6	2,9	2,2	8,6	4,5	4,1	0,2	-2,5	-1,4	-0,4
1973/79	-0,4	1,5	1,7	0,6	0,0	3,0	3,1	1,4	-1,1	-3,1	-1,1	-1,5
1979/88	0,4	2,0	0,7	0,9	0,8	3,2	1,6	1,6	-0,4	-1,7	-1,1	-0,8

Quelle: OECD, Economic Outlook, Nr. 47, Paris Juni 1990, S. 126

Einen extremen Einbruch des Produktivitätswachstums erfuhr die US-Wirtschaft in den siebziger Jahren. Auch im darauffolgenden Jahrzehnt wurde die Schwäche im Produktivitätswachstum der USA nicht überwunden.¹ Doch auch die Bundesrepublik weist ein vergleichsweise schwaches Produktivitätswachstum während des vergangenen Jahrzehnts auf (siehe Tabellen 1 und 3). Während das bundesdeutsche Produktivitätswachstum (Arbeitsproduktivität) in den sechziger und in den siebziger Jahren deutlich über dem OECD-Durchschnitt lag, ist es in den achtziger Jahren auf den OECD-Durchschnitt abgesunken. Die bundesdeutsche Produktivitätsentwicklung verlief

¹ Zum amerikanischen Produktivitätsproblem liegt eine umfangreiche Literatur vor, auf die hier nicht einzugehen ist. Es sei allerdings erwähnt, daß die These Melmans über die gravierenden Produktivitätsbelastungen durch die direkten und mehr noch indirekten Einflüsse der US-Rüstung unter den konkurrierenden Erklärungshypothesen am plausibelsten erscheint. Vgl. Seymour Melman, Profits without production, New York 1983.

auch deutlich schlechter als in etlichen anderen westeuropäischen Ländern. Von 1979 bis 1988 lag das jahresdurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität im westeuropäischen Länderdurchschnitt bei 2,1 Prozent (BRD: 1,6 Prozent).² In den achtziger Jahren fand in der Bundesrepublik nun aber gerade jene massive Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen statt, das heißt unterdurchschnittliches Produktivitätswachstum und starke Gewinnsteigerungen verliefen parallel. Dieser Befund führt zu der Hypothese, daß aufgrund mäßiger Lohnerhöhungen und der *dadurch* bedingten günstigen Lohnstückkostenentwicklung nur ein verminderter Anreiz bestand, Arbeit durch Kapital zu ersetzen, also verstärkt zu rationalisieren.³

Rationalisierung erfolgt in der Regel durch entsprechende Investitionen. Wenn sich hingegen auch ohne starke Investitionstätigkeit hohe Gewinne erzielen lassen, weil infolge relativ niedriger Lohn- beziehungsweise Lohnstückkostensteigerungen „bequeme“ Erträge anfallen, so entfällt der faktorpreisinduzierte Investitionszwang: die „Rationalisierungspeitsche“ höherer Löhne wird sozusagen in die Ecke gestellt. In diesem Sinn lassen sich auch Äußerungen des Sachverständigenrates (SVR) vom Herbst 1988 wenden: „In den vergangenen Jahren hatten die Unternehmen trotz kräftiger Gewinnsteigerungen nur verhalten in Sachkapital investiert.“⁴ Noch eindeutiger liest sich dies im Jahresgutachten 1989/90: „... vielmehr haben ein flexiblerer Arbeitseinsatz und *weniger Anlaß zur Substitution von Arbeit durch Kapital* (Hervorhebung vom Verfasser) zu einer erhöhten Beschäftigung bei gegebenem Wachstum geführt und damit zum schwächeren Produktivitätsanstieg in den letzten drei Jahren beigetragen.“⁵

Der SVR beklagt - erstaunlicherweise - die mäßige bundesdeutsche Produktivitätsentwicklung nicht, sondern verkehrt die Schwäche zur Tugend, indem er darauf hinweist, daß bei geringem Produktivitätswachstum eine höhere Beschäftigungselastizität des Sozialproduktwachstums eintritt, das heißt mit relativ geringem Wachstum ergeben sich bereits Beschäftigungszunahmen. Es fragt sich jedoch, wie diese Art von Beschäftigungszunahmen mit der sonst so vehement geforderten Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit

2 Folgende westeuropäische Länder erreichten in den 80er Jahren höheres Produktivitätswachstum als die BRD Frankreich (2,6), Großbritannien (2,4), Österreich (2,0), Belgien (2,3), Dänemark (1,7), Finnland (3,2), Irland (3,9), Norwegen (2,0), Spanien (3,4), Schweden (1,8), vgl OECD, Economic Outlook, Nr 47, Paris, Juni 1990, S 126 Vgl zur Revision der längerfristig rückläufigen Produktivitätssteigerung der BRD aufgrund der Beschäftigungszahlen aus der Volkszählung Die neuen Erwerbstätigenzahlen drücken die Beschäftigungsschwelle weiter, in Handelsblatt vom 21 August 1990

3 Der Zusammenhang zwischen Rationalisierungsintensität, Produktivitätswachstum und Lohn als Preis der Arbeitskraft spielte in der Diskussion um die „Entlastung“ des Arbeitsmarktes während der 60er Jahre eine wichtige Rolle. U. a. wurde damals argumentiert, daß der Zustrom von Gastarbeitern den Rationalisierungsprozeß in der BRD vermindern und damit den produktivitätswirksamen technischen Wandel bremsen würde Vgl zur positiven Produktivitätswirkung relativ hoher Löhne jüngst auch P M Romer, Capital, Labor, and Productivity, in Broolangs Papers on Economic Activity Microeconomics 1990, Washington D C 1990, S 337-367 - „A more mformal but diverse body of evidence suggests that labor scarcity may be good for technological change and productivity growth“ (ebenda, S 367) Vgl auch L Ferleger / J R Mandle, Reverse the Drain on Productivity with Mass Education and Retrainmg, in Challenge, Bd 33, Nr 4, Juli August 1990, S. 21 „Low wages = low productivity“,ähnlich argumentiert Melman, a a O , S 180

4 SVR, Jahresgutachten 1988/89, Bundestagsdrucksache 1173478, Ziff 62, S 50

5 SVR, Jahresgutachten 1989/90, Bundestagsdrucksache 11/5786, Ziff 104, S 75

und der stets erwünschten Investitionszunahme in Einklang zu bringen ist. Denn ein hochentwickeltes Land wie die BRD müßte auch von der Entwicklung der Masseneinkommen her Kräfte in Gang setzen, die Investitionen stimulieren, zu produktivitätssteigernden Innovationen führen und die Wettbewerbsfähigkeit auf unternehmerische Leistungen - und nicht auf Lohnzurückhaltung - gründen. Lohnzurückhaltung bedeutet, daß in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft die Gewinne quasi durch (zu) niedrige Löhne subventioniert werden.

Trotz schwachen Produktivitätswachstums kein „Beschäftigungswunder“

Die infolge sinkenden Produktivitätswachstums steigende Beschäftigungselastizität des Sozialproduktwachstums hat der Bundesrepublik nun aber keineswegs eine besonders kräftige Beschäftigungszunahme beschert, wie der internationale Vergleich belegt (siehe Tabelle 2). Vielmehr lag der jahresdurchschnittliche Zuwachs an Beschäftigung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, also jener von den Wirtschaftskommentatoren gern als „Konjunkturaufschwung“ charakterisierten Zeitspanne, in der BRD erheblich unter dem OECD-Durchschnitt. Die „Siegesmeldung“, die vom Sachverständigenrat und anderen Befürwortern der angebotsorientierten Politik verbreitet wird, daß die niedrigen Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre zu Wachstum und Beschäftigung beigetragen hätten, ist also eine Falschmeldung. Zudem wäre es ein Pyrrhus-Sieg, denn die Lohnzurückhaltung begünstigte die unproduktive Gewinnverwendung in erheblichem Maße.

Tabelle 2: Zuwachs der Beschäftigtenzahl (a) und Arbeitslosenquote (b)

Jahr	USA		JAPAN		BRD		OECD	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)	a)	b)
1983	1,3	9,5	1,7	2,6	-1,2	8,0	0,6	8,6
1984	4,1	7,4	0,6	2,7	-0,5	7,1	1,7	7,9
1985	2,0	7,1	0,7	2,6	0,5	7,2	1,2	7,8
1986	2,3	6,9	0,8	2,8	1,9	6,4	1,6	7,7
1987	2,6	6,2	1,0	2,8	1,3	6,2	1,8	7,4
1988	2,3	5,5	1,7	2,5	0,7	6,1	1,9	6,9
1989	2,0	5,3	1,9	2,3	1,3	5,5	1,8	6,4
1990	1,0	5,3	1,8	2,2	1,6	6,1	1,2	6,4
1991	1,1	5,4	1,5	2,3	1,4	5,9	1,1	6,5
Jahresdurchschnitt 85-89	2,2	6,2	1,2	2,6	1,1	6,2	1,6	7,2

Quelle: Economic Outlook, 47, a. a. O., S. 123 f., 197 f. u. eig. Berechnungen

Von 1985 bis 1989 betrug der jährliche Anstieg der Beschäftigung im OECD-Durchschnitt 1,6 Prozent. In den USA nahm die Beschäftigtenzahl um 2,2 Prozent, in Japan um 1,2 Prozent, in der Bundesrepublik aber nur um 1,1 Prozent pro Jahr zu (siehe Tabelle 2). Die Arbeitslosenquote lag von 1985 bis 1989 für die Bundesrepublik im Mehr Jahresdurchschnitt bei 6,2 Prozent. Dies ent-

sprach dem Wert der USA (6,2), rangierte aber weit über Japan (2,6) und hielt sich um einen Prozentpunkt unter dem OECD-Durchschnitt (7,2). Es läßt sich also nicht feststellen, daß die Lohnzurückhaltung der bundesdeutschen Arbeitnehmer durch einen international herausragenden Beschäftigungsanstieg honoriert worden ist. Wenn in der Öffentlichkeit der gegenteilige Eindruck erweckt wird, so nur, weil die absoluten Zuwachszahlen der Beschäftigten herausgestellt werden, der internationale Vergleichsmaßstab aber selten mitgeliefert wird.

Das sinkende Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität kann in der BRD kaum mit der Zunahme der Teilzeitarbeit und Arbeitszeitverkürzungen erklärt werden. Diese Einflußgrößen sind von nachrangiger Bedeutung. Denn auch die Stundenproduktivität, in der die produktivitätswirksamen Einflüsse von Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit ausgeschaltet sind, verlief deutlich rückläufig.

Gegenüber den siebziger Jahren hat sich in den achtziger Jahren der Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Erwerbstätigem verlangsamt. Demnach müßte sich der Abstand zwischen dem Wachstum der Stundenproduktivität und Beschäftigtenproduktivität vermindert haben. Dies war auch der Fall (siehe Tabelle 3). Die Quotienten aus den Wachstumsraten von Arbeiterstundenproduktivität und Beschäftigtenproduktivität, die einen groben Anhaltspunkt für den Einfluß von Teilzeitarbeit und Arbeitszeitverkürzungen auf die Diskrepanz zwischen jenen beiden Produktivitätsziffern geben, haben sich in den achtziger Jahren gegenüber den siebziger Jahren vermindert (siehe Quotienten c/a in Tabelle 3), das heißt in dem Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstums kommt vor allem die geringere Dynamik des produktivitätswirksamen technischen Wandels und nicht etwa die Arbeitszeitverkürzung zum Ausdruck. Daß sich wegen des niedrigeren

Tabelle 3: Produktivitätsentwicklung der bundesdeutschen Industrie (jährliche Änderungsrate des Produktivitätsindex in %)

	1974/80				1982/86			
	a)	b)	c)	c/a)	a)	b)	c)	c/a)
Verarbeitendes Gewerbe	2,8	4,0	4,3	1,5	3,0	3,2	3,4	1,1
Grundstoffe u Produktionsgüter	2,5	3,7	4,3	1,7	2,7	3,2	3,7	1,3
Investitionsgüter	3,4	4,0	4,4	1,3	2,9	2,9	3,2	1,1
Verbrauchsgüter	3,3	4,1	4,5	1,3	3,0	3,1	3,1	1,0
Nahrungs- u Genußmittel	3,2	4,1	4,4	1,3	4,0	4,2	4,2	1,0

a) je Beschäftigten, b) je Beschäftigtenstunde, c) je Arbeitsstunde

Quelle: Eigene Berechnungen nach Index der Arbeitsproduktivität, in Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Jge 1981, 1985, 1987, 1989

gesamtwirtschaftlichen Wachstums in den achtziger gegenüber den siebziger und sechziger Jahren auch der wachstumsabhängige Produktivitätsanstieg (im Sinne des Verdoornschen Gesetzes) vermindert hat, kann unterstellt werden. Jedoch: Trotz Lohnzurückhaltung und hoher Exportüberschüsse blieb eben auch das Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) recht bescheiden.

Die Abschwächung des Produktivitätswachstums in den achtziger Jahren betrifft sowohl die Beschäftigten- als auch die Stundenproduktivität. Damit läßt sich feststellen, daß der produktivitätswirksame technische Fortschritt deutlich abgenommen hat. Eingedenk der von den neuen Technologien, insbesondere der Mikroelektronik verheißenen Rationalisierungseffekte erscheint der in allen Industrieländern registrierbare Rückgang des Produktivitätswachstums überraschend. Diese Tatsache paßt nicht zum landläufigen Stereotyp der „vierten industriellen Revolution“ und den Hypothesen über eine neue lange Aufschwungswelle vom Kondratieff-Typ.

Dieser Widerspruch wird bisher kaum gesehen, geschweige denn, daß er bereits erklärt werden kann. Es liegen jedoch zwei - miteinander vereinbare - Deutungen nahe. Erstens könnte das Produktivitätspotential der neuen Technologien und damit auch der Mikroelektronik überschätzt worden sein; die technische Raffinesse mag zu voreiligen Erwartungen über die tatsächlich möglichen gesamtwirtschaftlichen Leistungsverbesserungen durch die technologischen Innovationen verführt haben. Zweitens könnte eine zu geringe Nutzung neuer Technologien für produktivitätswirksame Innovationen vorliegen; sei es, daß insgesamt zu wenig investiert wurde, um die technologisch verfügbaren Produktionsmöglichkeiten voll auszuschöpfen, sei es, daß sich Investitionen auf Bereiche konzentrieren, die relativ wenig zum gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum beitragen. So wird etwa die Installation von Mikroelektronik in nichtindustriellen Bereichen - beispielsweise im Börsen- und Bankensektor im Verlauf der Finanzkapitalakkumulation während des vergangenen Jahrzehnts - zur industriellen Produktivitätssteigerung nicht nur nichts beitragen, sondern im Sinn der Opportunitätskosten das industrielle Produktivitätswachstum vermindern: die Umlenkung von Kapital aus Sachanlagen in Finanzanlagen, also jene Fehlentwicklungen, die der amerikanische Ingenieurwissenschaftler Melman⁶ als „Gewinne ohne Produktion“ geißelt, bedeuten eine dauerhafte Schwächung der industriellen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Schwache Lohnposition - Bremse für den technischen Wandel

Die traditionellen Erfolge des Industriekapitalismus bei der Produktionsrationalisierung sind auch auf die (indirekte) Wirkung einer „aggressiven“ Lohnpolitik beziehungsweise starker Gewerkschaften zurückzuführen: Ein erfolgreicher Lohnkampf steigert den Preis der Arbeitskraft und zwingt zu Rationalisierungen, um die Arbeitskosten wieder zu senken. Und je höher das

⁶ Melman, Profits without production, a. a. O. Vgl. auch die MIT-Studie: Der Niedergang der USA, Frankfurt/M 1989.

Real-)Zinsniveau, desto stärker müßten auch die Löhne steigen, um die produktivitätswirksamen Investitionen nicht absinken zu lassen. Umgekehrt gilt ebenfalls, daß relativ schwache Gewerkschaften, geringe Lohnerhöhungen und insgesamt ein - durch Massenarbeitslosigkeit bedingtes - Überangebot an Arbeitskraft die Rationalisierungsanreize mindern; es lassen sich relativ bequem Gewinne erzielen, auch ohne alle technologisch gebotenen Rationalisierungschancen auszunutzen. Auf die zügige Reinvestition von Gewinnen in Sachkapital wird zugunsten von Finanzanlagen verzichtet. Über einen längeren Zeitraum hinweg vermindert eine generelle Investitionsschwäche das Produktivitätswachstum.⁷ Die synchron dazu verlaufende Verlangsamung des Lohnanstiegs *erscheint* der affirmativen Ökonomie dann als Resultat einer „vernünftigen“, das heißt produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Übersehen oder verhehlt wird dabei jedoch die produktivitätstreibende Funktion starker Lohnerhöhungen und arbeitskraftverknappender Politik (Arbeitszeitverkürzungen).

Stellt man den skizzierten Prozeß der längerfristigen Abschwächung von Produktivitäts- und Reallohnwachstum in den umfassenderen politökonomischen Zusammenhang, so ist hervorzuheben, daß während der vergangenen ein bis zwei Jahrzehnte eine deutliche Einbuße gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht in verschiedenen OECD-Ländern eingetreten ist. Dies gilt vor allem für die USA und Großbritannien, aber auch für die Bundesrepublik. Der Verlust an Durchsetzungskraft gewerkschaftlicher Forderungen kam im wesentlichen durch zwei zusammenwirkende Faktoren zustande: erstens die langfristige Massenarbeitslosigkeit, die seit mehr als fünfzehn Jahren tendenziell steigt; zweitens die Einengung von Arbeitnehmerrechten und Sozialstaatlichkeit⁸ nach den konservativen Machtübernahmen in westlichen Industrieländern und der damit verbundenen Wende von der nachfrageorientierten Beschäftigungspolitik zur angebotsorientierten Gewinn- und Innovationsförderung.

Die Gewinnorientierung der konservativen Wirtschaftspolitik hatte Erfolg. Bezüglich der innovationspolitischen Leistung sind hingegen Zweifel angebracht, wie die ungünstige Produktivitätsbilanz des vergangenen Jahrzehnts belegt.⁹ Zum Rückgang des Produktivitätswachstums tragen zwar verschiedene Faktoren bei. Sie bündeln sich aber zu einem großen Teil in der (schwa-

7 Vgl zu diesem vielfach belegten Zusammenhang M N Baily / C. L. Schultze, The Productivity of Capital in a Period of Slower Growth, in Brookings Papers on Economic Activity Microeconomics 1990, hrsg v M N Baily/C Winston, Washington D C 1990, S 369 ff u passim

8 Melman sieht in der gegenüber der europäischen Situation (noch) schwächeren Kampfkraft amerikanischer Gewerkschaften mit einem Grund für die geringen Anstrengungen der Unternehmen um Produktivitätssteigerungen und Produktionseffizienz Melman, a a O, S. 76 „ the kinds of pressures from European labor unions and national governments virtually force them (die Unternehmer, d V) to take a consistently long term view in decision making ”

9 Die britische Volkswirtschaft wies in den 80er Jahren zwar überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen auf, aber dies war auch durch Ausscheiden vieler produktivitätsschwacher Grenzbetriebe und nur teils durch Realisierung umfassender technischer Innovationen bedingt Daher blieb die internationale Konkurrenzfähigkeit Großbritanniens vergleichsweise schwach Vgl zur Umverteilungspolitik in der BRD zu Lasten der Lohneinkommen Rudolf Welzmüller, Differenzierung und Polarisierung Einkommensentwicklung in den 80er Jahren, in Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/1990, S 1479-1488

chen) Investitionstätigkeit. Wenn in der Bundesrepublik aufgrund des relativ niedrigen Preises der Arbeit die Substitution von Arbeit durch Kapital verlangsamt und damit auch der Anstieg des Kapitalkoeffizienten gebremst wurde, so mag das aus kurzfristigen Gründen der Beschäftigungsstabilisierung akzeptabel erscheinen, aber auf mittlere Sicht wird damit gerade die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft als Voraussetzung für hohes und sicheres Beschäftigungsniveau gefährdet.

Für eine technologisch anspruchsvolle Volkswirtschaft stellt der Verzicht auf Rationalisierung, das heißt in der Regel auf höhere Kapitalintensität und die Substitution von Arbeit durch Kapital einen strukturellen Irrweg dar. Beschäftigungspolitik muß andere Mittel anwenden, als auf Rationalisierung zu verzichten. Das japanische Beispiel macht deutlich, daß trotz höheren Produktivitätswachstums und steigendem Kapitalkoeffizienten (= sinkende Kapitalproduktivität; siehe Tabelle 1) mehr Beschäftigungszuwachs erreicht werden kann. Die japanische Investitions- und Produktivitätsdynamik entspricht auch eher den herkömmlichen Vorstellungen: nicht trotz, sondern wegen hoher Sachkapitalbildung und damit verbundenem Produktivitätswachstum (= steigende Leistungs- beziehungsweise Wettbewerbsfähigkeit) nimmt auch die Beschäftigung zu.

Die Umschichtung von den Sachanlage- in die Finanzanlageinvestitionen seit den siebziger Jahren wurde weltweit kritisch registriert, aber die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik hat - mit länderspezifischen Unterschieden - diesen Trend noch verstärkt; nicht zuletzt gilt dies etwa für Deregulierungsmaßnahmen auf den Finanzmärkten und die daraus resultierenden „Finanzmarktinnovationen“. Von den Kritikern wurde diese Expansion des unproduktiven „Kasino-Kapitalismus“ als eine Folge antikeynesianischer Strömungen in der Wirtschaftspolitik gedeutet; die Vernachlässigung der Nachfrageaspekte schwächte die Anreize für Investitionen in neues Sachkapital, so daß häufig keine andere Alternative blieb, als Liquidität in Finanzanlagen zu lenken.¹⁰

Japanische Investoren sind dynamischer als bundesdeutsche

Die Bundesrepublik rangiert neben Japan als die Volkswirtschaft mit den höchsten Export- beziehungsweise Leistungsbilanzüberschüssen. Im Vergleich zu Japan lagen Investitions- und Produktivitätswachstum in der Bundesrepublik während der vergangenen „Aufschwungjahre“ sehr viel niedriger. Von 1985 bis 1990 bewegte sich das jahresdurchschnittliche Wachstum der privaten Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau), die für die Realisierung des technischen Fortschritts und damit des Produktivitätsanstiegs maßgeblich sind, in Japan um 11,7 Prozent, im OECD-Durchschnitt um 6,3 Prozent

¹⁰ Der durch die Transferzahlungen in die ehemalige DDR dort ausgeloste Nachfrageschub, der in hohem Maße den bundesdeutschen Unternehmen zusätzlichen Absatz beschert und nach Schätzung der Forschungsinstitute zu einer erheblichen Wachstumszunahme der westdeutschen Wirtschaft beiträgt, stellt einen eindeutigen Beweis für die Expansionswirkung Keynescher Nachfragepolitik dar. Denn nichts anderes ist die kreditdiffundierte Finanzierung der öffentlichen und privaten Haushalte östlich der Elbe.

und in der BRD nur um 6,2 Prozent (vergleiche Detailangaben in Tabelle 4). Mit dem fast doppelt so hohen Investitionswachstum in Japan - verglichen mit der BRD - stieg auch die Arbeitsproduktivität Japans mit 3,2 Prozent im Mehrjahresdurchschnitt doppelt so rasch wie in der Bundesrepublik, wo nur 1,6 Prozent gesamtwirtschaftliches Produktivitätswachstum pro Jahr erreicht wurde (siehe Tabelle 1).

Tabelle 4: Private Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) jährliche Änderungsrate

Jahr	USA	JAPAN	BRD	7 größte OECD-Länder
1980	- 2,6	7,8	3,4	2,4
1981	4,2	5,4	- 3,5	2,0
1982	- 7,2	2,5	- 4,4	- 3,4
1983	- 1,5	2,7	4,9	- 0,5
1984	17,7	11,5	0,8	11,4
1985	6,7	12,6	5,5	7,9
1986	- 3,3	5,9	4,3	1,2
1987	3,9	8,2	4,2	6,5
1988	8,4	15,5	7,3	11,3
1989	3,3	17,8	9,6	8,1
1990	3,2	10,2	6,6	5,9
1991	3,4	5,1	5,0	4,9
1985/90 p.a.	3,1	11,7	6,2	6,3

Quelle: OECD. Economic Outlook, Nr. 47, a. a. O., 1990, S. 116, 186

Das höhere Investitions- und Produktivitätswachstum in Japan war mit einem stärkeren Anstieg der Beschäftigtenentgelte (siehe Tabelle 5) in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verbunden, also während jener Zeit, in der auch die Bundesrepublik eine konjunkturelle Belebung erfuhr. Von 1986 bis 1990 stiegen die Beschäftigungsentgelte in Japan um 3,8 Prozent pro Jahr, in der BRD waren es nur 3,4 Prozent. Aufgrund der höheren Investitionstätigkeit und des daraus resultierenden stärkeren Produktivitätswachstums der japanischen Industrie konnte dennoch ein sehr viel niedrigerer Lohnstückkostenanstieg erreicht werden (Japan: 0,6 Prozent; BRD: 1,3 Prozent im Jahresdurchschnitt von 1986 bis 1990).

Höhere Produktivität erlaubt höhere Löhne; so lautet die übliche Interpretation. Es gilt aber auch, daß zu niedrige Löhne das Produktivitätswachstum behindern (können), weil sowohl der Rationalisierungsprozeß gebremst wird als auch aufgrund unzureichender Massennachfrage Erweiterungsinvestitionen unterbleiben. Auch diese tragen ja zu Modernisierung und Produktivitätssteigerung bei.

Der Vergleich zwischen BRD und Japan legt nun die Überlegung nahe, daß japanische Unternehmen generell sehr viel dynamischer und investitionsfreu-

diger (risikobereiter?) agieren als die bundesdeutschen. Durch das höhere japanische Investitionswachstum wurden auch höhere Lohnsteigerungen bei dennoch mäßigem Lohnstückkostenanstieg möglich. Der Mangel an Investitionsdynamik in der Bundesrepublik stellt primär ein Problem des Unternehmerverhaltens dar. Jedoch wird die geringere Dynamik des bundesdeutschen gegenüber dem japanischen „Durchschnittsinvestor“ durch Lohnzurückhaltung noch verstärkt. Bleibt der Lohn(kosten)druck zu schwach, so müssen andere Faktoren die produktivitätswirksame Sachkapitalbildung stimulieren. An solchen Faktoren mangelt(e) es offenkundig in der BRD - verglichen mit Japan. Die bundesdeutsche Lohnzurückhaltung während der achtziger Jahre und die sehr unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik (unter anderem Steuersenkungen) haben sich gemessen an Investitions-, Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung nicht ausgezahlt.

Ein Blick auf die weiter zurückliegenden sechziger Jahre macht deutlich, daß höhere Lohn- und höhere Lohnstückkostensteigerungen als sie heute üblich sind, durchaus mit einer prosperierenden Wirtschaft einhergehen können. Im zweiten Nachkriegs Jahrzehnt, einer Phase annähernder Vollbeschäftigung, bis zu Beginn der siebziger Jahre, verliefen das Produktivitäts- und Produktionswachstum weitaus dynamischer als in den vergangenen ein- einhalb Jahrzehnten. Die mit dem hohen Beschäftigungsniveau verbundene Arbeitskräfteknappeheit ermöglichte höhere Lohnsteigerungen (siehe Tabelle 5). Auch der Lohnstückkostenanstieg lag weit über dem Niveau der jüngeren Zeit, aber dennoch wurden dadurch weder Wachstum noch Beschäftigungsexpansion beeinträchtigt.

Tabelle 5: Entwicklung der Arbeitskosten (jährliche Änderungsrate) im internationalen Vergleich

Periode	Lohnstückkosten im Privatsektor				Entgelt pro abhängig Beschäftigtem des Privatsektors			
	USA	JAPAN	BRD	OECD	USA	JAPAN	BRD	OECD
1965-73	4,7	5,4	4,6	5,2	6,8	14,8	9,4	9,6
1973-79	8,1	9,2	4,2	9,7	8,1	12,4	7,7	11,6
1979-86	5,1	1,2	3,5	5,3	6,0	4,2	4,6	7,0
1986	3,0	1,7	2,8	3,3	3,9	3,1	3,9	4,6
1987	3,3	-0,8	2,1	2,4	4,2	3,4	3,3	4,5
1988	3,4	-0,8	0,1	2,4	4,7	3,4	3,3	4,9
1989	5,0	1,2	-0,1	3,8	5,3	4,3	2,4	5,4
1990	4,8	2,1	2,0	4,3	5,6	5,2	4,5	6,0
1991	4,2	2,5	2,8	3,7	5,7	5,2	5,0	5,8
1986/90	3,9	0,6	1,3	3,2	4,7	3,8	3,4	6,2

Quelle: OECD, Economic Outlook, Nr. 47, Paris, Juni 1990, S. 136 f.

Der im allgemeinen unbestrittene Zusammenhang zwischen (hohem) Investitionswachstum, genauer: Wachstum der Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau, und Produktivitätssteigerungen bildet die theoretische Grundlage

für die These, daß die über die achtziger Jahre relativ schwache bundesdeutsche Investitionstätigkeit zu einer nicht-optimalen Nutzung produktivitätswirksamer Innovationen geführt hat. Während jenes Jahrzehnts stieg zwar der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen¹¹ an den industriellen Gesamtinvestitionen an, aber diese Anteilsverschiebung ist vor allem durch den Rückgang der Erweiterungsinvestitionen in den achtziger Jahren bedingt.¹² Da auch mit Erweiterungsinvestitionen erhebliche Rationalisierungs- beziehungsweise Modernisierungseffekte verbunden sind, bedeutet das insgesamt schwache Investitionswachstum, daß der Modernisierungsprozeß der bundesdeutschen Wirtschaft unter den durch die hohen Gewinne (Finanzierungsspielraum) gebotenen Möglichkeiten geblieben ist.

Die über ein Jahrzehnt hinweg schwache Investitionstätigkeit und das im internationalen Vergleich unzulängliche Produktivitätswachstum der Bundesrepublik müssen insbesondere vor dem Hintergrund der japanischen Investitionsdynamik als Alarmzeichen gewertet werden.

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ist ein zentraler Indikator der Innovationsfähigkeit und des Modernisierungsprozesses einer Volkswirtschaft. Das relativ schlechte Abschneiden der BRD weist auf tiefer liegende, langfristig wirksame Probleme für die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft. Dies gilt um so mehr, als die „Exportserfolge“ der BRD auch durch die anhaltende Unterbewertung der Deutschen Mark - vor allem im Rahmen des Europäischen Währungssystems — mitbedingt wurden, also eine Art Globalsubvention der Exportindustrien durch einen zu niedrigen Außenwert der Währung vorlag.

Gesamtdeutsche Gesichtspunkte

Die gesamtdeutsche Produktivität wird aufgrund des Produktivitätsrückstandes der ehemaligen DDR abrupt sinken, aber dann voraussichtlich hohe Zuwachsraten erreichen. Dies ist für den Fall zu erwarten, daß der Investitionsprozeß und damit die Modernisierung der Industrie in den neuen ostdeutschen Bundesländern in Gang kommen.

Aufgrund des niedrigen Lohnniveaus in Ostdeutschland wird sich jedoch kein *spezieller* lohnkostenbedingter Rationalisierungsprozeß ergeben. Vielmehr wird damit gerechnet, daß gerade wegen der ostdeutschen Lohnkostenvorteile - und nur diese stellen gegenwärtig einen bedeutsameren Standortvorteil dar - nach einer Übergangszeit private Investoren die niedrigeren Löhne Ostdeutschlands nutzen werden. Hierbei dürfte es auch zu Produktionsverlagerungen zwischen West und Ost kommen; zumindest werden relativ weniger Investitionen im Westen vorgenommen. Prinzipiell ist dies im Inter-

11 Vgl. die Investitionstests des Ifo-Instituts u. a. F. Neumann, Industrie investiert kräftig in Erweiterungen, in: Ifo-Schnelldienst, Nr. 18/90, Jg. 43, vom 28. Juni, S. 4 ff.

12 Im Jahresverlauf 1990 hat sich infolge des Nachfrageschubs aus den ostdeutschen Bundesländern zwar wieder eine Verstärkung der kapazitätsbildenden Investitionen ergeben, aber dies ist auf die Sondereinflüsse der deutschen Vereinigung zurückzuführen.

esse einer raschen Regeneration Ostdeutschlands erwünscht, aber für das gesamtdeutsche Produktivitätsniveau können sich daraus weitere negative Effekte ergeben. Aufgrund des niedrigen ostdeutschen und damit - im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt - deutschen Lohnniveaus besteht noch weniger Anlaß als in der Vergangenheit, Arbeit durch Kapital zu ersetzen und auf Produktivitätssteigerungen hin zu investieren. Die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft dürfte und sollte zwar zu einer allmählichen Anhebung ihres Produktivitätsstandes an das westdeutsche Niveau führen, aber wenn das Produktivitätswachstum in Westdeutschland weiterhin unter dem internationalen Durchschnitt bleibt, möglicherweise wegen der skizzierten Investitionsverlagerungen von West- nach Ostdeutschland noch weiter zurückgeht, so ergeben sich auf mittlere Sicht ernste Wettbewerbsschwächen. Wenn das niedrigere Lohnniveau Ostdeutschlands tendenziell auf Westdeutschland übergreift, das heißt, daß die deutsche Vereinigung zu einer fortlaufenden Schwächung der Position der Lohnempfänger im Westen führt, so mindert sich der Anreiz für produktivitätswirksame Investitionen noch mehr.

Auf mittlere Sicht muß zudem beachtet werden, daß die öffentlichen Investitionen in der BRD während der vergangenen zehn Jahre völlig unzureichend blieben; Infrastrukturdefizite werden spürbarer und drohen, die gesamtwirtschaftliche Produktivität zusätzlich zu belasten. Wegen der hohen Kosten der deutschen Einheit ist zu befürchten, daß die westdeutsche Infrastruktur auch weiterhin vernachlässigt wird - mit entsprechenden Negativeffekten für die Produktivität.

Selbst wenn es in der ehemaligen DDR bald zu einem Wirtschaftsaufschwung kommen sollte, so handelt es sich um einen „Aufholprozeß“, was *nicht* bedeutet, daß sich die Modernisierung und das Produktivitätswachstum in Westdeutschland parallel zur nachholenden Entwicklung Ostdeutschlands auf einem international angemessenen Niveau vollziehen. Vielmehr könnten Wachstumserfolge in Ostdeutschland von den sich zuspitzenden Problemen in Westdeutschland ablenken, und die Wirtschaftspolitik wird solche Schwierigkeiten angesichts der immensen finanziellen Anforderungen an die öffentlichen Haushalte weiter vernachlässigen.

Das in der Öffentlichkeit gepflegte Bild einer kraftstrotzenden (west-)deutschen Wirtschaft gründet sich im wesentlichen auf zwei Phänomene: hochstilisiertes Wachstum und hohe Exportleistungen. Die vielen negativen Indikatoren - anhaltende Massenarbeitslosigkeit, zunehmende soziale Armut, unzureichende Investitionstätigkeit und sehr schwaches Produktivitätswachstum - finden weit weniger Aufmerksamkeit.

Für die gewerkschaftliche Lohnpolitik besteht ein gesamtwirtschaftliches Dilemma. Höhere Lohnsteigerungen sind zwar sowohl aus Gründen stärkerer Massenkaufkraft (binnenwirtschaftliche Nachfrage) als auch als produktivitätstreibender Stimulus (Lohnsteigerungen als „Produktivitätsspeitsche“) sinnvoll, aber kurzfristig überwiegen unter Umständen die von der Gegenseite

benutzten Argumente für Lohnzurückhaltung: Niedrige Löhne vermindern den Rationalisierungsdruck und bewirken damit über geringeres Produktivitätswachstum eine höhere Beschäftigungselastizität des Wachstums; Lohnzurückhaltung kommt dem Export zugute und löst via Exportüberschuß binnenwirtschaftlich Beschäftigungseffekte aus (Exportmultiplikator); Lohnzurückhaltung vermindert den Anreiz zu lohnkosteninduzierten Produktionsverlagerungen - ins Ausland oder nunmehr auch nach Ostdeutschland.

Auf längere Sicht führt Lohnzurückhaltung in einer hoch entwickelten, auf kontinuierliche Innovationen angewiesenen Volkswirtschaft jedoch zu einem suboptimalen technischen Wandel. Das Produktivitätswachstum fällt ab, und die Unternehmen „gewöhnen“ sich an eine relativ bequeme Lohnentwicklung; damit geht die Leistungsfähigkeit verloren, um der viel beschworenen „Herausforderung durch den internationalen Wettbewerb“ das heißt durch unternehmerische Dynamik und Innovationsintensität, zu begegnen.